SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BfB-Fraktion
Fraktion Die LINKE
Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN

An die
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Frau Regine Weißenfeld
– im Hause –

Bielefeld, den 28.03.2018

Beteiligung von Jugendlichen

Sehr geehrte Frau Weißenfeld,

zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.04.2018 stellen wir folgenden Antrag:

Kinder und Jugendliche wollen ihre Umgebung und Lebensrealität mitgestalten und bei gesellschaftlichen und politischen Prozessen mitentscheiden. Sie haben ein Interesse daran, das Hier und Jetzt wirksam zu beeinflussen und bei den Weichenstellungen für ihre Zukunft gefragt zu werden. Aus diesem Grund ist die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung für uns von zentraler Bedeutung. Kinder und Jugendliche sollen ein umfassendes Mitspracherecht bei lokalpolitischen Themen bekommen. Wir wollen daher gemeinsam dafür sorgen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Bielefeld gestärkt und ausgebaut wird. Aus diesem Grund beschließt der Jugendhilfeausschuss:

1. Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss:

- Jugendliche erhalten einen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Damit verbunden ist ein Antragsrecht zu Tagesordnungspunkten und die Möglichkeit von Anfragen. Das Mitglied sowie ein stellvertretendes Mitglied sollen aus dem Vorstand der BezirksschülerInnenVertretung benannt werden und im Alter von 14-18 Jahren sein.
- Bei Teilnahme an den Sitzungen erhält das Mitglied das obligatorische Sitzungsgeld sowie die entstandenen Fahrtkosten.
- Für die Vor- und Nachbereitung der JHA-Sitzung können die Jugendvertreter*innen Besprechungsräume beim Bielefelder Jugendring nutzen können.
- Das Jugendamt stellt eine/n Ansprechpartner/in für die Jugendvertreter*innen im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung. Er/Sie sollen bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen zur Verfügung stehen sowie Lotsenfunktion zu anderen Ämtern und Abteilungen übernehmen.

2. Politische Bildung

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung

„Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“ zu erarbeiten. Für die Durchführung dieser Veranstaltung stehen Mitglieder der Ratsfraktionen zur Verfügung. Adressaten dieser Veranstaltung sind Schülerinnen und Schüler der Schulfächer der Sekundarstufen I und II sowie der Bielefelder Jugendring mit seinen Organisationen.

- Um dieses Angebot den Schulen bekannt zu machen, ist eine enge Verzahnung von Schule und Jugendhilfe notwendig. Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Schuldezernent die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte dazu informieren.

3. Politische Teilhabe:

- Der Bielefelder Jugendring wird gebeten, mit den Jugendlichen zusammen ein Konzept eines Planspieles samt Kostenplan zu erstellen und im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Bereits bestehende Formate, wie das Planspiel des Vereins Jugend und Politik, sollen dabei berücksichtigt werden.
- Der Jugendhilfeausschuss setzt sich dafür ein, dass der Bielefelder Jugendring auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag durchführt, wie z.B. „Work & Pleasure“ und/oder andere (neue) Formate. Soweit gewünscht, stellen sich die politischen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses als Diskussionspartner für solche Veranstaltungen zur Verfügung.
- Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit ein Jugendparlament eingerichtet werden kann. Dazu sollen die Erfahrungen des geplanten Landesjugendparlamentes abgewartet werden.
- Im Rahmen der INSEK-Projekte und möglicher neuer Programme des Landes NRW soll die Verwaltung prüfen, inwieweit Budgets für Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Mit diesem Antrag wollen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen in Bielefeld sowohl an Entscheidungen, die ihr Umfeld betreffen, beteiligt werden als auch ihre Positionen und Meinungen zu wichtigen lokalpolitischen Themen in die Diskussion einbringen können. Dem Antrag zu Grunde liegt das Konzept zur Beteiligung der BezirksSchülerInnenVertretung, das in der JHA-Sitzung am 05.04.2017 vorgestellt wurde. Die Beteiligung wollen wir in drei Schritten ausweiten und stärken:

Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss:

Wir wollen Jugendliche als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss in die politischen Entscheidungen einbinden. Hier sollen sie ihre Positionen und Meinungen vertreten und sich so an der Entscheidungsfindung beteiligen. Da die BezirksSchülerInnenVertretung alle Bielefelder Jugendliche im schulpflichtigen Alter vertritt, soll das beratende Mitglied aus ihrem Vorstand benannt werden. Um die Jugendlichen in ihrer Arbeit im Jugendhilfeausschuss zu unterstützen, soll zudem ein/e feste/r Ansprechpartner/in benannt werden, der die Jugendlichen bei allen Anliegen unterstützt.

Politische Bildung:

Auch wir als politische Mandatsträger wollen verstärkt auf die Kinder und Jugendlichen zugehen und über unsere Arbeit informieren. Die Verwaltung soll daher ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt

Bielefeld“ erarbeiten. Die Durchführung sollen in erster Linie die gewählten Mandatsträger übernehmen. Um möglichst viele Jugendliche mit unserem Angebot zu erreichen, ist eine enge Zusammenarbeit von Sozialdezernat und Schuldezernat notwendig. Nur so ist gewährleistet, dass die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte über dieses Angebot informiert werden und es letztlich auch in Anspruch nehmen.

Politische Teilhabe:

Die Jugendlichen sollen nicht nur an unseren Entscheidungen beteiligt werden, sondern mit Hilfe eines Planspieles auch selbst Erfahrungen in politischen Entscheidungsprozessen machen. Uns ist dabei wichtig, dass im Rahmen eines Planspieles gefasste Beschlüsse der Jugendlichen auch tatsächlich in die politischen Gremien des Bielefelder Stadtrates kommen. Neben dem Planspiel wollen wir auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag (wie z.B. Work & Pleasure und/oder andere Formate) durch den Bielefelder Jugendring unterstützen. Uns ist es ein Anliegen, den Jugendlichen mit verschiedenen Formaten verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung aufzuzeigen. Perspektivisch können wir uns auch die Einrichtung eines Jugendparlamentes vorstellen. Dabei sollen aber zunächst die Erfahrungen des geplanten Jugendparlamentes auf Landesebene abgewartet werden. Neben diesen unterschiedlichen Beteiligungsangeboten wollen wir zudem die Beteiligungsmöglichkeiten in den Quartieren verstärken. Daher bitten wir die Verwaltung darum, im Rahmen der INSEK-Projekte und weiterer möglicher Programme des Landes NRW zu prüfen, inwieweit Budgets für Jugendliche zur Verfügung stehen.

gez.

Regine Weißenfeld
SPD-Fraktion

Alexander Rüsing
CDU-Fraktion

Gudrun Henneke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Friedhelm Bolte
BfB-Fraktion

Dr. Dirk Schmitz
Fraktion Die LINKE

Michael Gugat
Ratsgruppe/Bürgernähe/PIRATEN